

# Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 107.

Mittwoch, den 9. Mai 1923.

5. Jahrgang.

## Arbeiter Breslaus!

### Heraus aus den Betrieben u. Mietskasernen! Heraus zum Massenprotest!

Am Freitag, den 11. Mai nachm. 5 1/2 Uhr findet eine

### Massen-Versammlung

im Garten des Schleiwärders statt mit folgendem Thema:

## „Die Diktatur des Polizeiknüppels im Preußenparlament“

Redner: Ein Mitglied der kommunistischen Fraktion des Preußischen Landtags

Proletarier, Genossen, sozialdemokratische Arbeiter! Es geht um Eure Sache! Erhebt Euch wie ein Mann gegen die Schmach der Stinnesdiktatur, die mit dem Polizeiknüppel die Kapitulation vor Poincaré und die Große Koalition von Stresemann bis Scheidemann erzwingen will! Bekundet Eure flammende Entrüstung gegen das Niedertrampeln von Verfassungsrechten und Demokratie! Gegen die Wegbereiter des Faschismus, die die Kommunisten für vogelfrei erklären, um die gesamte Arbeiterschaft gefesselt und geknechtet unter das Sklavenjoch der Stinnes-Voucheur zu peitschen!

Erscheint in Massen!

Erscheint in Massen!

## An das deutsche Proletariat

Arbeiter und Genossen! Die Masken sind gefallen. Es besteht kein Zweifel mehr:

Wahn frei für die Große Koalition!

Denn müssen die Kommunisten niederknüttelt werden! Die Cuno-Regierung ist bankrott. Die großkapitalistische Regierung muß vor dem französischen Imperialismus kapitulieren. Auf diesen Augenblick haben die Sozialdemokraten gewartet, um die Bahn frei zu belohnen für die Große Koalition.

Der Vorstoß der rechten Sozialdemokraten auf die eigene linkssozialdemokratische Regierung in Sachsen, die Koalitions-Verhandlungen der Sozialdemokraten in Thüringen, verschärfte Kommunistenhetze in den Gewerkschaften, die schamlose und brutale Niederknüttelung der Kommunisten im Preußischen Landtage

sind die Marksteine auf dem Wege zur Großen Koalition. Was dem deutschen Proletariat bevorsteht, zeigen ihm

die Vorgänge im Preußischen Landtage.

In der parlamentarischen Geschichte der ganzen Welt steht der preußische Ständel einzig da. Und das Fluchwürdigste, das Erschütterndste für die deutsche Arbeiterklasse ist die Tatsache, daß es sogenannte „Arbeitervertreter“, Sozialdemokraten sind, die die Geschäfte der Reaktion besorgen. Um ihre Koalitionstüchtigkeit zu beweisen, um der Bourgeoisie den Nachweis zu liefern, daß sie die besten Kettenhunde gegen das Proletariat sind, sind sie zu allen Schandthaten bereit. Unter dem Jubel der gesamten bürgerlichen Reaktion, unter dem Beifall der Junker und der kapitalistischen Scharfmacher erklären die Sozialdemokraten

die Kommunisten als Feindbild.

Um der kommenden Stinnes-Regierung, an der sich die Sozialdemokraten unter allen Umständen beteiligen wollen, sich koalitionsfähig zu zeigen, liefern sie den Beweis, daß sie zur Niederknüttelung der Arbeiterschaft dieselben Methoden anzuwenden in der Lage sind wie die Faschisten. Diese Methoden sind:

Organisierung von Ueberfallkommandos gegen die Kommunisten im Preußischen Landtag, Niederknüttelung der kommunistischen Landtags-Abgeordneten durch diese Ueberfallkommandos, gewalttätige Entfernung der kommunistischen Landtagsmitglieder, Mundtotmachung der Kommunisten auf Wochen hinaus, gewalttätige Unterdrückung der kommunistischen Aufklärungsarbeit unter den proletarischen Massen, die Diktatur des Schlagringes und des Totschlägers gegen Kommunisten.

Wo in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung hat man je davon gehört, daß die Sozialdemokraten mit dem gleichen Mute und

mit den gleichen Mitteln gegen rechts gekämpft haben? Wo in der Geschichte der Sozialdemokratie hat sie die Mittel des Terrors gegen die Bourgeoisie angewendet? Keinen einzigen Fall kann sie verzeichnen. Umgekehrt, so lange das revolutionäre Proletariat seinen Befreiungskampf gegen die Bourgeoisie führt, hat sie stets die Mittel der Gewalt nur gegen das Proletariat angewendet.

Der Terror der Sozialdemokraten gegen die Kommunisten im Landtage ist ein würdiges Seitenstück zu der Abschichtung tausender Arbeiter durch Noke.

Herr Leinert will sich seinem Busenfreunde Noke ebenbürtig zeigen.

Und warum das alles?

Die kommende Regierungskoalition von Stinnes bis Scheidemann hat nur einen ernsthaften Widerstand und einen ernsthaften Feind: das ist:

die Einheitsfront des Proletariats!

Die aus Not und Elend geborene Annäherung der Arbeiterschichten zum einheitlichen Kampf ist die größte Gefahr für die Koalitionsabsichten der Sozialdemokraten. Diese Einheitsfront muß unter allen Umständen zerrissen und vernichtet werden. Das deutsche Proletariat ist nur so lange als Sklavenherde zu beherrschen, so lange es sich selbst zersetzend, feindselig gegenübersteht. Zeile und herrsche! Das war noch stets die Lösung aller Despoten. Nur so lange die Arbeiterschaft sich gegenseitig unterknüttelt, nur so lange kann sie beherrscht werden. Und um das deutsche Proletariat zum willfährigen Ausbeutungsobjekt der deutschen und internationalen Kapitalistenklasse zu machen, müssen die sozialdemokratischen Führer das Proletariat in zwei feindliche Heerlager zerreissen. Das ist der Sinn und der Zweck der terroristischen Offensive gegen die Kommunisten.

Wenn die Arbeiterklasse, wenn die sozialdemokratischen Arbeiter diese Schurkenstreiche ihrer Führer dulden, wird dem ihre gewalttätige und blutige Niederknüttelung auf dem Fuße folgen. Wenn die Arbeiter diesem Schicksal entkommen wollen, so muß ihre Lösung sein: Einheitsfront trotz alledem!

Wir rufen daher den Arbeitern in Stadt und Land zu:

Protestiert in allen Fabriken!

Protestiert in gemeinsamen Kundgebungen!

Fordert von euren Führern Rechenschaft!

Arbeiter aller Parteirichtungen, Kollegen aller Gewerkschaften, insbesondere aber Genossen von der sozialdemokratischen Partei, zeigt, daß Ihr Euch nicht länger als Hilfstruppen der Reaktion gebrauchen läßt! Beweist durch Euren einmütigen Protest, daß Ihr Euch von Euren kommunistischen Brüdern nicht mehr trennen laßt!

Euren Massenwillen müßt Ihr kundtun, um an Stelle der Großen Koalition die Arbeiterkoalition, die Arbeiterregierung zu erzwingen. Nur die politische Macht in Händen der deutschen Arbeiterklasse kann Euch aus Not und Elend, aus Unterdrückung erretten. Die Einheitsfront des Proletariats ist in diesem Augenblick das Gebot der Stunde. Ein Verräter an seiner Klasse, wer dieses Gebot nicht erfüllt.

Nieder mit der Großen Koalition!

Nieder mit dem Terror gegen die Kommunisten!

Nieder mit der Selbsterfleischung der Arbeiterschaft!

Nieder mit der Gewaltpolitik der sozialdemokratischen Führer!

Es lebe die Einheitsfront des Proletariats!

Es lebe der Kampfeswille des Proletariats!

Es lebe die Arbeiterregierung!

Breslau, den 7. Mai 1923.

## Die Zentrale der Kommunistischen Partei.

### Zur Erwerbslosenfürsorge

hat die kommunistische Reichstagsfraktion folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen:

1. Spätestens vom 15. April 1923 ab soll die Unterstützung für Erwerbslose in der Ortsklasse A betragen: a) für eine männliche Person über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen lebt, 4500 Mt. pro Tag, sofern sie in dem Haushalt eines anderen lebt 4200 Mt. pro Tag, und für eine männliche Person unter 21 Jahren 3300 Mt. pro Tag; b) weibliche Personen sollen erhalten, wenn sie über 21 Jahre sind und nicht im Haushalt eines anderen leben 4500 Mt. pro Tag, wenn sie im Haushalt eines anderen leben 4200 Mt. pro Tag, und wenn sie unter 21 Jahre sind 3300 Mt. pro Tag; c) an Familienzuschlägen sollen gewährt werden: für Ehegatten 2100 Mt. und für Kinder und sonstige unterstützungsbedürftige Personen 1800 Mt. pro Tag.

2. Die Bestimmung im § 9, Abs. 1 der Verordnung vom 1. November 1921, die eine Wartezeit von mindestens 1 Woche für den Bezug der Unterstützung vorseht, sowie der § 9a, der die dauernde Unterstützung auf 26 Wochen begrenzt, werden außer Kraft gesetzt.

3. Es ist sofort ein Schlichtungsverfahren einzuführen, das die Fälle der Erwerbslosenunterstützung automatisch auf der Grundlage der durchschnittlichen Durchschnittslohn der gewerblichen Arbeiter festsetzt.

## Der Zweck der Kommunistenhat

### Unterwerfung unter Stinnes-Voucheur

Unter dem Hohlnamen des Bürgertums, unter dem Beifallgewieser der Rechten im Preußischen Landtag, unter dem Schweigen des bösen Gewissens der Sozialdemokratie geht die von den Sozialdemokraten im Landtag von langer Hand vorbereitete Niederbeugung der kommunistischen Fraktion in immer brutaleren Formen weiter. Der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Richter, Weiß und die dunkelsten Gestalten seiner La liefern in ihrem Verein den Preußischen Landtag Polizeifäufte aus. Polizeifäufte sollen Heilmann & Co. vor der kommunistischen Kritik retten. Polizeifäufte, die Kommunisten aus dem Landtag werfen die sich nicht vergewaltigen lassen wollen, sollen dem Bürgertum beweisen, daß die sozialdemokratischen Führer zu den schmutzigsten, entwürdigtesten Hausnachschickdiensten bereit sind. Polizeifäufte gegen Kommunisten sollen die sich bildende proletarische Einheitsfront in Scherben schlagen.

Aber es wird anders kommen!

Aus den Betrieben und Gewerkschaften heraus wird die einzige Arbeiterschaft mit Donnerstimme die würdelosen Stinnesknechte zu bändigen wissen.

Die Akte des Weissen Terrors im Preußischen Landtag sind ein Alarmzeichen für die gesamte Arbeiterschaft, ein Vorzeichen größerer Dinge! Ein Vorzeichen des faschistischen Schreckens, den das Bürgertum erbarmungslos auf das deutsche Proletariat niederlaufen läßt, um es unter das Sklavenjoch des internationalen Kapitals zu beugen, um mit Revolver und Maschinengewehr die Kosten der verlorenen Ruhrschlacht aus der Arbeiterschaft zu pressen.

Dieselben politischen Verbrecher, die den Landtag unter Polizeiterror stellen, sind es, die die Kapitulation an der Ruhr vorbereiten. Die Antwortnote Poincarés verlangt vor allem, daß der passive Widerstand an der Ruhr durch die deutsche Regierung gebrochen werde. Ehe sich die imperialistische Räuberbande Frankreichs mit der kapitalistischen Räuberbande Deutschlands an einen Tisch setzt.

Der „Vorwärts“ lenkt auch in dieser Frage, an der alles hängt, bereits ein. Hört Arbeiter, wie er stammelt und stottert, um auch die Kampfswaffe aus der Hand zu schwächen:

„Die Formel, es werde kein deutscher Vorstoß in Erwägung gezogen werden, solange der Widerstand andauere, ist unbestimmt und deutungsfähig. Sollte sie besagen, daß die Verhandlungen erst begonnen sollen, bis sich der letzte Deutsche dem Befehlen der widerrechtlichen Gewalttäter willig füge, so wären Verhandlungen überhaupt niemals möglich. Da aber Verhandlungen notwendig sind, wird ein Vor-



gesund werden müssen, um diese Schwierigkeit zu beseitigen.

Eine Lösung ist im Augenblick nicht zu sehen, es wäre denn, daß Deutschland durch rasch gestiegene große Anleihen instand gesetzt würde, mehrere Jahressraten auf einmal zu bezahlen, und wenn in Voraussicht dieser gestiegenen Zahlung das Budgetgebiet in einem Zuge gesäubert würde. Das aber ist eine Möglichkeit, mit der bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge auch der kühnste Optimismus nicht rechnen wird.

Was heißt die Waffe der passiven Abwehr aus der Hand, macht auch mit dem Gedanken vertraut, daß die Ruhr besetzt bleibt. Die Sozialdemokratie schließt es. Dieselbe Note hat das Berliner Zentrumsblatt „Germania“. In dieselbe Kerbe häut Streifen.

Was geht vor, was bereitet die deutsche Bourgeoisie vor?

Die seine Magnetenadel der bürgerlichen Stimmungen, der Börse zeigt es klar an.

Die „Berliner Morgenzeitung“ schreibt, nicht ohne, wo letzte durchgehalten, sondern hinten, wo das Geschäft gemacht wird:

Die Auffassungen über die französische belgische Note sind sehr verschieden. Überwiegend ist die Meinung die, daß der Weg für weitere Verhandlungen trotz der z. Z. herabzu brüsten oder gar höchsten Ablehnung sämtlicher deutscher Vorschläge offen bleibt. Es fragt sich nur, ob der diplomatische Weg in der bisher begangenen Weise weiterbeschritten werden kann. Daran werden auch eventuelle englische und italienische Bemerkungen nichts ändern. Die großen Käufe der letzten Tage in rheinisch-westfälischen Montanwerken lassen keine Deutung zu, die durch die heutige Bewegung nur noch eine Bekräftigung erfahren muß. Die Person von einem Kabinett Sirejemann ist in letzter Zeit oft im Zusammenhang mit einer deutsch-französischen Industrieverständigung genannt worden. Die Papiere des Stimmungsberichts standen auch heute im Vordergrund der Verhandlung. Doch immer, Wessertingener und Zuremberger konnten neue beträchtliche Kursbesserungen durchsetzen. Daneben blieb das Interesse für Rohwerte mit die Aktien der deutschen Konzerne bestehen.

Als die Herren Industriemagnaten und Bankiers, die Stines, Bouchein, de Wendel werden sich unter sich verständigen. Sie sind schon dabei. Die diversen Regierungen müssen noch allerlei Winkelzüge mit Rücksicht auf die Volkstimmung machen. Die eigentlichen Herren der Regierungen können ohne solche Rücksichten ins Geschäft steigen. Die Regierungen und ihre Sozialdemokraten werden hinterher schon die nötige populäre Zustimmung machen.

Die Sprache der Kursstärker ist die denkbar härteste Bekräftigung.

Die Schwerindustriellen Aktien steigen, wie die Schabenscheitern sich auf die Proletariatkultern herablassen!

Die Lage ist ganz eindeutig. Das deutsche Bürgertum leidet bereits die Massenarbeitslosigkeit. Die Stines & Co. verhandeln bereits die Haut der deutschen Arbeiter. Die Börse konstruiert bereits die Vorbereitung des Verzinses.

Sie alle heuten gegenüber Boucare mit Aufschreien auf das kämpfende Proletariat, das morgen gemeinsam geschoren werden soll. Es ist die höchste Zeit, daß das Proletariat sich selber selber annimmt, daß es mit revolutionärer Entschlossenheit den schleichenden Verfall der Welt und in einer proletarischen Revolutionsregierung, in einer Arbeiterregierung sich die Macht schafft, die die Arbeiterklasse und mit ihr Deutschland vor einer beispiellosen Katastrophe rettet.

### Fortsetzung des Landtagsmandats

Berlin, 8. Mai.

Bei Beginn der heutigen Sitzung im Landtag, der wiederum von außen und innen von einem Haer von Polizeibeamten und Polizeiregeln besetzt war, erhoben die noch anwesenden fünf Kommunisten sofort den schärfsten Protest gegen die Vorgänge, die sich am Tage vorher abgelehrt hatten. Die Erklärung für das Verhalten der Sozialdemokraten lag einfach auf dem Gebiete der sich entwickelnden großen Revolution, und dem Zerfall des Reiches. Der Präsident des Reichstages hat das Verhalten der Sozialdemokraten als „unehrenhaft“ bezeichnet. In diesem Augenblick erklärte der Reichspräsident, daß er die Sozialdemokraten nicht als „unehrenhaft“ bezeichnet, sondern als „unehrenhaft“ bezeichnet. In diesem Augenblick erklärte der Reichspräsident, daß er die Sozialdemokraten nicht als „unehrenhaft“ bezeichnet, sondern als „unehrenhaft“ bezeichnet.

## Deutsche und russische Arbeitslöhne

### Wie die antibolschewistische „Volkswacht“ Propaganda für Sowjetrußland macht

Während die Breslauer „Volkswacht“ früher bedenkenlos die Lügenmeldungen der antibolschewistischen Agenturen nachdruckte, versucht sie jetzt auf andere Weise, den Arbeitern vor Sowjetrußland graulich zu machen. Sie hält ihre Mitteilungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse in Sowjetrußland in ein objektives wissenschaftliches Mäntelchen. In einem Artikel „Der Kampf um den Arbeitslohn in Sowjetrußland“ beschäftigt sie sich mit dem Artikel der RWA und den Löhnen der russischen Arbeiter. Dabei einschließt der „Volkswacht“ gegen ihren Willen das Geständnis, daß die durchschnittliche Höhe der Reallohn in Sowjetrußland auf 47 bis 50 Prozent des Vorkriegslohns besetzt wird. Damit hat die „Volkswacht“ selbst den Beweis geliefert, daß die Reallohn der russischen Arbeiter zusehends in aufsteigender Linie begriffen sind. Diese Tatsache wird erläutert durch folgende Tabelle, in der die Bewegung eines russischen Monatsdurchschnittslohnes von 1913 bis 1922 wiedergegeben ist:

Jahre	die Lohnsumme	
	in Rubeln	in Prozenten gegenüber 1913
1913	22.0	100.0
1914	22.4	102.0
1915	20.6	93.6
1916	21.6	98.2
1917	22.3	101.8
1918	10.49	47.7
1919	8.47	38.5
1920	8.82	40.0
1921	8.65	39.3
1922	9.22	41.8

Diese Tabelle ist einem offiziellen Artikel des Genossen Strumilin „Der Arbeitslohn der russischen Industrie in den Jahren 1913 bis 1922“ entnommen. Seit Aufstellung dieser Tabelle haben sich die Lohnverhältnisse der russischen Arbeiter andauernd gebessert. Heute bekommt der russische Arbeiter in der letzten Industrie 105 Prozent seines Vorkriegslohnes. Die schwere Industrie ist noch nicht so weit, aber die Verhältnisse bessern sich zusehends. Mit diesen Werten vergleicht man die Löhne, die der deutsche Arbeiter erhält. Genosse Matzahn bewies vor einigen Tagen in einer

Reichstagsrede, daß die Verhandlungen im Arbeitsministerium über die Abgabe der Berliner Metallindustrie eine erhebliche Senkung der Reallohn gebracht haben, und daß heute ein Arbeiter der Metallindustrie einen Stundenlohn von 15 Goldmark verdient. Auch in den Betrieben, wo der Lohn nicht so stark in Erhöhung tritt, verdient heute der Arbeiter kaum ein Drittel seines Vorkriegslohnes, während der russische Arbeiter laut Eingangsnotiz der „Volkswacht“ 47 bis 50 Prozent des Vorkriegslohnes verdient.

In Nummer 101 machte die „Volkswacht“ selbst den Rückgang des Lohns am Warenpreis in Deutschland feststellen. Es hob mit Recht hervor, daß der Geschäftsbericht der Glück-Hoffmann-Werke für das Jahr 1922 ergibt, daß 4,1 Milliarden Mark an Lohn bezahlt wurden gegen 619 Millionen Mark im Vorjahre. Der Umsatz des Unternehmens betrug aber 24,5 Milliarden Mark gegen 1,53 Milliarden Mark im Vorjahre. Der Anteil des Lohns am Umsatz ist somit von 20,8 Prozent auf 17 Prozent in einem einzigen Jahre zurückgegangen.

Bedenkt man weiter, daß in Deutschland bereits zwei Millionen Kurzarbeiter sowie Hunderttausende von Arbeitslosen vorhanden sind, die elende Mittelverdienste als Unterführung erhalten, während die Arbeitslosen in Rußland hohen Tariflohn erhalten, so wird das Bild erst vervollständigt.

Hierzu kommt noch, daß in vielen Städten, darunter auch in Breslau, viele Arbeiter in den Kampf gegen einen 5-40 Prozentigen Lohnabbau stehen. Bei den Exportarbeitern wurden die Löhne unter Billigung der Gewerkschaften bereits um 5 Prozent abgebaut.

Die schließlichen Arbeiter werden und müssen daher aus dem „Volkswacht“-Artikel den einzig richtigen Schluss ziehen, nämlich dem Beispiel der russischen Arbeiter folgen und dafür sorgen, daß in Deutschland die kapitalistische Regierung gestürzt und eine Arbeiterregierung aus Rußland kommt.

Sie wendet sich damit insbesondere an die französischen Soldaten, um diese über den wahren Charakter der Ruhrexpedition aufzuklären.

### Das Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter durchgeheißelt

Berlin, 8. Mai.

Die Dienstausschüsse des Reichstages begannen mit der Beratung eines Antrages, der das Ausnahmegesetz auf weitere drei Monate verlängern will. Genosse Bahr nahm als Vertreter der kommunistischen Fraktion als einziger Redner dazu Stellung und bedauerte die Wirkungslosigkeit dieses Gesetzes. Es hat nach jeder Richtung hin versagt. Der Wucher blüht weiter, die Preise sind seit dem Notgesetz fortgesetzt gestiegen und die besitzende Klasse denkt nicht daran, sich irgendwelche Beschränkungen aufzuerlegen.

Die Verlängerung wird angenommen.

Kommehr kommt die dritte Lesung des Verfallensgesetzes. Dazu haben die Sozialdemokraten einen neuen Antrag gestellt, wonach bereits der Versuch der Sprengung durch Bedrohung strafbar sein soll. Auch die Sozialdemokraten haben das Kompromiß, auf das hin sich die Sozialdemokraten breitschlagen ließen, gebrochen. Sie beantragten gleichfalls Strafbarkeit des Versuchs und wollen nur die Bedrohung weglassen.

Genosse Kemmel

verweist gegenüber diesem Verordnungsgegenstande wieder auf die falschlichen Anschläge gegen die Versammlungsfreiheit. In München sind gegen die Ministerversammlung auf der Eheverweigerung sogar Gesänge gerichtet worden. Die falschlichen Bänder bringen bewaffnet in die Gassen und führen Maschinengewehre gegen hartes bewaffneter Arbeiter auf. Ist jemals gegen diese „Ordnungsgewalt“ eingeschritten worden? Im Gegenteil, die Schächer der Ordnung haben sich mit den falschlichen Bändern solidarisiert. Das neue Ausnahmegesetz wird nur weiter ungezügelter Arbeiterherrschaft ins Gefängnis bringen. Beim Entwurfsstadium war es ähnlich. Tausende von Arbeitern sind damals ins Gefängnis gewandert, kein Bürgerlicher ist bestraft worden, obwohl zahlreiche Kassenlager bei ihnen aufgefunden wurden. Es ist nachgewiesen, daß die Reichswehr sogar selbst ein falschliche Organisationswesen geliefert hat. Das neue Ausnahmegesetz ist nur eine Ergänzung zum Repressengesetz und soll neue Zustände für die

Arbeiter bilden, um ihnen den Kampf gegen den Faschismus unmöglich zu machen. Vorgerufen ist in Berlin erst wieder eine kommunistische Jugendversammlung in einer Schulaula von einer Horde Faschisten überfallen worden. Was ist die Polizei? Sie verhaftete die jugendlichen Kommunisten und beschlagnahmte die bürgerlichen Rindvieh. Die Bürgerlichen sind nicht in der Lage, auch nur in einem Falle den Nachweis zu bringen, daß unferretzte Versammlungen gesprengt wurden. Wir werden uns nicht gegen ausfallende Verfassungen, mögen sie von Parteien veranlaßt sein, von welchen sie wollen, einsetzen und nur gegen den falschlichen Terror. Wir werden uns auch durch dieses Gesetz nicht abhalten lassen, diesen mit allem Nachdruck zu bekämpfen.

Nach einem kurzen künftigen Vortrag des Reichspräsidenten von Erzka und einer verlegenen Rückzugrede des Reichspräsidenten gegen den Reichspräsidenten mit den Sozialdemokraten rechtfertigt und bestreitet, daß Klassenjustiz besteht, erhebt als letzter Redner Genosse (S. S. S.) das Wort. Die Rede des Reichspräsidenten wie ein Hohn auf die Schlappe der Sozialdemokraten. In nachdrücklicher Form unterließ er noch einmal, daß sich das Gesetz gegen die Arbeiter richtet, verwies auf die herrschende Klassenjustiz. Der letzte Redner vertrauen zur Rechtsprechung werde durch dieses Gesetz vernichtet werden. Der Reichspräsident habe rettungslos kapituliert vor den landesberühmten Sozialdemokraten.

Auf die Anzettelungen anderer Genossen wurde über die Vorgänge im preussischen Landtag erklärte Genosse, daß man mit Volkswacht nahmen diese Vorlesung nicht abgeben können.

Obgleich der Reichspräsident dieses Gesetzes mit den schärfsten Worten getheilt, haben die Sozialdemokraten ihre Obstruktion gegen dieses Gesetz aufgegeben; wie sich bei der namentlichen Abstimmung über einen Änderungsantrag herausstellte, waren 849 Abgeordnete anwesend. Die Stimmzahl mindestens 150 bis 160. Ungeachtet dessen hatte der Bürgerblock, wie bisher, auch diesmal wieder nicht die Mehrheit. Der einfache Wille der Sozialdemokraten, das Gesetz zum Scheitern zu bringen, hätte genügt, auch für diesmal dieses Ziel zu erreichen. Daß die Sozialdemokraten schließlich gegen das Gesetz stimmten, nachdem sie vorher den kommunistischen Antrag auf namentliche Abstimmung nicht einmal unterstützt hatten, ändert nichts an ihrer Verantwortung für dieses neue Ausnahmegesetz.

Einige kleine Vorlagen werden im Verlaufe der Beratung der Staats des Finanzministeriums für unsere Fraktion wird Genosse Frisch sprechen.

### Das Urteil im Krupp-Prozess

Berlin, 8. Mai.

Nach mehr als zweifelhafte Beratung wurde gegen 6 Uhr das Urteil gesprochen. Es erlitten Krupp von Bohlen und Halbach 15 Jahre Gefängnis und 100 Millionen Mark Geldstrafe, Direktor Bruhn 10 Jahre Gefängnis und 100 Millionen Mark Geldstrafe, Direktor Hartwig 15 Jahre Gefängnis und 100 Millionen Mark Geldstrafe, Direktor Osterlen 15 Jahre Gefängnis und 100 Millionen Mark Geldstrafe, Direktor Schäfer 20 Jahre Gefängnis und 100 Millionen Mark Geldstrafe, Direktor Baur 20 Jahre Gefängnis und 100 Millionen Mark Geldstrafe, Direktor Schröpler 20 Jahre Gefängnis und 100 Millionen Mark Geldstrafe, Direktor Gumb 20 Jahre Gefängnis und 100 Millionen Mark Geldstrafe, Betriebsführer Groß 10 Jahre Gefängnis und 50 Millionen Mark Geldstrafe, Betriebsratsmitglied Müller 6 Monate Gefängnis.

Von den 23 Schuldfragen sind 21 mit Ja beantwortet worden. Die Angeklagten sind wohl eines Komplottes wie auch der Störung der öffentlichen Ordnung für schuldig befunden worden. Die Beurteilung erfolgte bei allen Angeklagten einstimmig mit Ausnahme von Herrn Krupp von Bohlen und Halbach und Direktor Bruhn, welche mit drei gegen zwei Stimmen verurteilt wurden. Müller wurde von der Anklage des Komplottes mit drei gegen zwei Stimmen freigesprochen und nur wegen Störung der öffentlichen Ordnung für sechsmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt.

Es ist klar, daß sich der französische Imperialismus durch dieses Urteil von seiner Blutschuld nicht reinwaschen kann. Das Geschlechte der bürgerlichen Presse um die Beurteilung Krupps wird indessen die Arbeiter nicht rühren. Die deutsche Bourgeoisie läßt Tausende von Arbeitern wegen ihrer politischen Überzeugung und Betätigung im Kerker schmachten. Außerdem — Krupp wird bald wieder frei sein, wenn Stines und Bouchein sich verständigt haben.

### Kommunistische Propaganda im Ruhrgebiet

Die kommunistischen Zeitungen im Ruhrgebiet ihren Kampf nicht nur gegen die deutsche Regierung, sondern auch gegen den französischen Imperialismus richten, zeigt die belgische Arbeiterzeitung, die in deutscher und französischer Sprache Ausgabe und mehreren französischen Pressekrieg „Summe“ bringt.



# ADAMS JUNAGENDSBLATT

9. 5. 23. - Sozialismus als Lebensanschauung - Nr. 107

## Parteilosen, mehr Aufmerksamkeit dem Jungprolet!

Von Fred Mertens, Sieben.  
Als Beside der „Sozialistischen Arbeiterzeitung“ erscheint alle 14 Tage der Jungprolet und wird von jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen gelesen, die für ihre Stimme erschaffen sind, wenn sie der Stimme der proletarischen Front zu erg brüht, die beruht auf jugendlichen Wandersparten und einer kommunistischen Kampfkraft.  
Der Jungprolet ist ein Organ für die Arbeiterinnen und Arbeiter im ganzen Land, die die praktischen Erfahrungen unserer Arbeit zu übermitteln.

Es muß aber leider bemerkt werden, daß viele Arbeiterinnen, auch Parteigenossen, ihre Aufmerksamkeit dem Jungprolet nicht zuwenden. Es ist also Pflicht der Partei, die Kinder darauf aufmerksam zu machen und sie zu überzeugen, daß der Jungprolet ein Organ für die Arbeiterinnen und Arbeiter ist, die die praktischen Erfahrungen unserer Arbeit zu übermitteln.

## Die ersten und wichtigsten

Von Walter Schulz (Hamburg)  
Die ersten Opfer des imperialistischen Krieges sind die Arbeiterinnen und Arbeiter, die in den Fabriken und auf den Feldern sterben. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die ersten Opfer des imperialistischen Krieges, weil sie die ersten sind, die den imperialistischen Krieg erleiden.

## Die Veranstaltung der Jugendmädler Genossen

Die Veranstaltung der Jugendmädler Genossen ist ein wichtiges Ereignis für die Arbeiterinnen und Arbeiter. Es ist eine Gelegenheit, die Arbeiterinnen und Arbeiter zu informieren über die Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter und die Möglichkeiten, die Arbeiterinnen und Arbeiter zu verbessern.

## Ein Sieg des Kommunistischen Jugendverbandes

Ein Sieg des Kommunistischen Jugendverbandes ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Revolution. Es ist ein Beweis dafür, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter die Führung der Revolution übernehmen können.

## Die Veranstaltung der Arbeiterinnen

Die Veranstaltung der Arbeiterinnen ist ein wichtiges Ereignis für die Arbeiterinnen und Arbeiter. Es ist eine Gelegenheit, die Arbeiterinnen und Arbeiter zu informieren über die Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter und die Möglichkeiten, die Arbeiterinnen und Arbeiter zu verbessern.

wo in Arbeiterbewegung alle revolutionären Kräfte zusammengefaßt werden. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Basis der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung ist die Basis der Revolution.







# Aus Breslau Zwei Reinfälle

an einem Tage muß die „Volkswacht“ erleben. Im ersten Falle versucht sie der KPD einen gewissen Kuri O'asert an die Rockhöhe zu hängen.

Die Ortsleitung der KPD Breslau teilt uns mit, daß O'asert der Partei weder zurzeit angehöre, noch in den letzten Jahren Mitglied der Partei war.

Der Vorstand der Ortsgruppe wird zu dieser Angelegenheit in der nächsten Nummer noch Stellung nehmen. Also wieder ein Reinfall der „Volkswacht“!

In derselben Nummer beschäftigt sich die „Volkswacht“ mit unserer Kommunalpolitik. Sie reißt aus unserem am Montag veröffentlichten Artikel „Wielat“ zwei Sätze aus dem Zusammenhang heraus, stellt sie gegenüber und konstruiert einen Widerspruch. Der selbe soll darin bestehen, daß wir gegen die Staffelung der Gebühren nach dem Einkommen sind und trotzdem prinzipiell dafür eintreten, daß die Friedensgebühren den Besthenden, die sich profitorische Gräfte bauen lassen, auferlegt werden.

Wenn die „Volkswacht“ unsere Kommunalpolitik aufmerksamer verfolgt und unsere Stadtverordnetenberichte gelesen hätte, würde sie trotz aller Begriffsstumpfheit unsere Stellung zur Gebührenfrage kennen.

Wir sind gegen die Gebührenstaffelung nach dem Einkommen. Das Einkommen der Verstorbenen ist kein Gradmesser für die Zahlungsfähigkeit der Hinterbliebenen. Deshalb treten wir für eine Staffelung der Gebühren nach den Vermögens-Verhältnissen der Verstorbenen und der Hinterbliebenen ein.

Sind die Herren Kritiker in der „Volkswacht“ trotz des warmen Monats Mai in der Lage, diesen Unterschied zu fassen und sich weitere Reinfälle zu ersparen?

**Obligatorischer Schwimmunterricht an den Breslauer Schulen.** Der Minister für Volksbildung hat angeordnet, den Schwimmunterricht an den Schulen in denjenigen Orten, in denen die erforderlichen Vorbedingungen geschaffen sind, für jedes gesunde Kind als verbindlich zu erklären und auch die Einrichtung von Lehrgängen für das Rettungsschwimmen, für das in den Volksschulen das letzte Schwimmjahr in Frage läßt, als wünschenswert zu empfehlen. Für die Erstellung des Schwimmunterrichts sollen nur staatlich geprüfte Schwimmlehrer und Schwimmlehrerinnen in Frage kommen. Die Heranziehung von erfahrenen, zuverlässigen Mitgliedern von Schwimmvereinen würde nur ausnahmsweise, wenn die Teilnahme am Unterricht freiwillig wäre. Bevor die städtische Schulverwaltung in dieser Angelegenheit eine Entscheidung trifft, soll bis zum 18. Mai durch Umfrage festgestellt werden, wie sich Lehrer und Eltern zu der Frage der Einführung eines verbindlichen Schwimmunterrichts stellen.

**zur Angehörigenversicherung.** Auf eine Anfrage des Versicherungsamtes Breslau hat das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte unter dem 20. April d. J. erwidert, daß eine Herabsetzung der Beitragsleistung für Angestellte, die nach § 890 des Angestellten-Versicherungsgesetzes von der eigenen Beitragsleistung befreit sind, bisher noch nicht erfolgt ist. Es sei allerdings eine Gesetzesänderung in dem Sinne angeregt worden, daß die Halboverscherten künftig nicht mehr in der Klasse versichert werden, die dem halben Jahres-Arbeitsverdienst entspricht, sondern wieder, wie ursprünglich, in der halben Gehaltsklasse des vollen Jahres-Arbeitsverdienstes. Diese Änderung sei jedoch bisher noch nicht durchgeführt, und es müßten daher die Arbeitgeber einwilligen für Halboverscherte mit einem entsprechenden Jahresarbeitsverdienst volle Beiträge, gegebenenfalls in der höchsten Klasse, entrichten.

# Aus der Provinz Die eiserne Stirn

Unsere eindeutigen Feststellungen wiederholt die „Vergwacht“ nochmals ihre Augen über das Internationale Massenmeeting. Sie behauptet die eiserne Stirn zu behaupten, daß wir ihre Angaben bestätigt hätten.

Die Polemik der „Vergwacht“ ist so dummsch, daß es sich nicht lohnt, nochmals darauf einzugehen.

Da aber inzwischen mehrere bürgerliche Blätter als auch der „Proletarier aus d. Sulengebörge“ den Vergwachtsschwindel nachdrucken, stellen wir nochmals fest:

1. Der französische Genosse, der bei dem Massenmeeting auftrat ist aus Paris und führt den Namen Dutal.

2. Der Engländer heißt nicht Ahmann, sondern Smith.

3. Der Vertreter der Sowjetregierung führt in Rußland den Namen Krasnow, in Deutschland heißt er Köhner.

Warum zwischen den Pässen der ausländischen Genossen und ihren bürgerlichen Namen ein Widerspruch besteht, das haben wir so deutlich genug zum Ausdruck gebracht, daß uns jeder Arbeiter verstanden hat.

Die „Vergwacht“ — die auf der niedrigsten Stufe eines gemeinen Antisowjetwissenschaftlers steht und die Freiheit besitzt, unsere Genossen als unverantwortliche, strubellöse Rubeljäger zu beschimpfen, will und nicht versteht, sie verdammt Heru's- und gewohnheitsmäßig.

Solche Verleumdungstücke sind wir von der sozialdemokratischen Presse noch gar nicht gewohnt.

# Die Forderungen der Erwerbslosen

Der Erwerbslosenrat Dresden geht uns folgender Aufruf zur Veröffentlichung zu:

## An alle Erwerbslosen und an die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands!

Da die wirtschaftliche Notlage der Arbeitslosen immer schärfere Formen annimmt und noch weitere Arbeitermassen durch die Sabotage der Unternehmer und nicht zuletzt durch die Durchbrechung des Achtstundentages sowie durch Leistung von Arbeitslosigkeit das Arbeitslosenheer noch vergrößert wird, sehen sich die Dresdener Arbeitslosen gezwungen, an das Solidaritätsgefühl der Arbeiterschaft sowie an das aller Arbeiter in den Betrieben Deutschlands zu appellieren.

Wir Dresdener Arbeitslosen stellen am 1. Mai, dem Kampftage des Proletariats fest, daß das Arbeitslosenproblem nicht eine Frage der Erwerbslosen allein sein kann, sondern eine Frage der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands sein muß.

Eine große Gefahr für die Arbeiter in den Betrieben bilden bis zu einem gewissen Grade die Arbeitslosen in der Hinsicht, solange die Erwerbslosen mit den von der Regierung festgesetzten, völlig unzureichenden Unterstützungssätzen ihren Lebensunterhalt für sich und ihre Familie bestreiten müssen; denn klar muß sich der im Produktionsprozeß stehende Arbeiter darüber werden, daß, wenn die ungeheure Not und das fürchterliche Elend unter den Reihen der Arbeitslosen Deutschlands noch schärfere Formen annimmt, daß daraus die Möglichkeit besteht, daß die durch Hunger und Not zur Verzweiflung getriebenen Massen dazu gezwungen werden, sich den Unternehmern anzuschließen und als Lohnbrüder und Streikbrecher in Frage kommen. Andererseits haben wir als Arbeitslose erkannt, daß, solange der Kapitalismus am Ruder ist, für ihn die Frage des Profites ausschlaggebend ist, und er versucht denselben noch dadurch zu erhöhen, daß er einen Teil seiner Arbeiterschaft auf die Straße setzt und den weiter schaffenden Teil der Arbeiterschaft in den Betrieben zu höherer Arbeitsleistung zwingt, gegebenenfalls zum Auktorismus greift. Und weil nun all diese Tatsachen bestehen und wir wissen, wo die gemeine Profitgier des gesamten Unternehmertums hinstrebt, sehen wir uns veranlaßt, dagegen Front zu machen.

Wir sagen, die gesamte Arbeitslosenfrage ist bis zu einer gewissen Situation dann gelöst, (soweit von einer Lösung der Arbeitslosenfrage im kapitalistischen Staat überhaupt die Rede sein kann. Die Red.), sobald wir auf Grund unserer Geschlossenheit erreichen, daß man den Erwerbslosen die von uns aufgestellten Forderungen erfüllt. Wir ersuchen alle Arbeitslosen Deutschlands, sich unseren berechtigten Forderungen anzuschließen und erwarten gleichzeitig von den Arbeitern in den Betrieben, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, indem das gesamte arbeitende Proletariat seine Gewalt über die Arbeiterparteien, in allen Versammlungen zu dieser wichtigen Frage Stellung zu nehmen; gleichzeitig verlangen wir von den Vertretern der Arbeiterparteien, in den Parlamenten dafür Sorge zu tragen, daß den unbedingt berechtigten Forderungen der Erwerbslosen Rechnung getragen wird.

Sollten von selten einzelner Arbeitervertreter dieser eminent wichtigen Tagesfrage keine genügende oder überhaupt keine Bedeutung zugewandt werden, so können wir schon heute mit aller Bestimmtheit versichern, daß daraus große Massen der unter der ungeheuren Not leidenden Arbeitslosen daraus die notwendige Konsequenz ziehen werden.

Unsere Forderungen sind:

1. Rationierung der Arbeit,
2. Abschaffung aller Auktorismen,
3. Einführung der Sechsstundenschicht,
4. Abschaffung der Überstundenlöhne,
5. Zahlung der Erwerbslosenunterstützung an alle Arbeitslosen im Reich nach den örtlichen Tariflöhnen (mindestens der Gemeinde- und Staatsarbeiter),
6. Zahlung der Erwerbslosenunterstützung für die Dauer der Erwerbslosigkeit.

Der Arbeitslosenrat Dresden  
Kamisch, Schorstein, A. Corna

Wir begrüßen es, daß der Dresdener Arbeitslosenrat, der früher für eine isolierte Erwerbslosenbewegung eintrat, sich mit diesem Aufruf sowohl an alle in Arbeit stehenden Proletarier als auch an alle Erwerbslosen wendet. Was die aufgestellten Forderungen anbelangt, so bedenken sich dieselben größtenteils mit denen, welche die kommunistische Partei seit Jahr und Tag aufstellt. Wir schließen uns auch der Forderung nach Einführung der Sechsstundenschicht an, sehen aber voraus, daß hiermit keine Lohnverfälschung verbunden sein darf. Der Arbeiter verdient heute in 8 Stunden kaum das zum Leben Nötigste und muß bei Arbeitslosigkeit die Weiterzahlung des vollen Tagelohnes erkämpfen.

Im übrigen hoffen wir, daß der Aufruf der Dresdener Erwerbslosen in den weitesten Kreisen der Arbeiterschaft ein Echo findet und dazu beiträgt, die Erwerbslosenfrage in den Mittelpunkt der Tageskämpfe des Proletariats zu stellen.

Wir erinnern nur an das Fällchermiststück aus Karbitz, Bez. Schlesien. Unsere Genossen sollten nach Angaben der sozialdemokratischen Presse dort den Nationalsozialisten ein Bündnis angeboten haben. Trotz unserer Richtigstellungen und Berichtigungen an die sozialdemokratischen Augenblätter wird der Schwindel von den WSPD-Blättern weiter abgedruckt (Beweis: Hamburger Echo).

Unsere Bezirks-Verlegungen sandten an die WSPD-Blätter Berichtigungen, die von denselben glatt unterschlagen wurden.

Wenn die „großen“ WSPD-Blätter sich solche halbmehrigen Gemeinheiten leisten, was kann man da von einem WSPD-Provinzialblatt erwarten? Einen Krübel Schmutz und Lüge mehr!

Damit in dieser Auseinandersetzung aber auch die weitere Note nicht fehlt, wollen wir unseren Lesern noch von der Glanzleistung eines anderen sozialdemokratischen Dreifachblätters (erscheint 3mal in der Woche) Kenntnis geben.

Dieses Blättchen erzählt seinen Lesern, daß ein altes Weib — wahrscheinlich die Redaktionskonstante — herausgefunden hat, daß Genosse Köhner-Krasnow sich den Anschein gegeben hätte, als wenn er das Deutsche nur mangelhaft beherrschte würde.

Aber es kommt noch besser. In diesem Zusammenhang nimmt die alte Gule, die aus der milben Hand der Geschäftsleute und der Adressisten kriecht, und trotzdem vor dem Berreden steht, die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ ein „Breslauer Quartblatt“.

Ja, das muß man gesehen und gelesen haben! Leider haben nur die Langenbielauer Genossen das zweifelhafte Vergnügen, dieses große sozialdemokratische Organ zu kennen.

Die Genossen, die das Blättel kennen, werden angesichts dieses unheilvollen Behaltens mit uns auch sein.

Da fällt uns ein der Vers, lautet:

„Da fällt uns ein der Vers, lautet: ...“

ten Forderungen erfüllt. Wir ersuchen alle Arbeitslosen Deutschlands, sich unseren berechtigten Forderungen anzuschließen und erwarten gleichzeitig von den Arbeitern in den Betrieben, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, indem das gesamte arbeitende Proletariat seine Gewalt über die Arbeiterparteien, in allen Versammlungen zu dieser wichtigen Frage Stellung zu nehmen; gleichzeitig verlangen wir von den Vertretern der Arbeiterparteien, in den Parlamenten dafür Sorge zu tragen, daß den unbedingt berechtigten Forderungen der Erwerbslosen Rechnung getragen wird.

Sollten von selten einzelner Arbeitervertreter dieser eminent wichtigen Tagesfrage keine genügende oder überhaupt keine Bedeutung zugewandt werden, so können wir schon heute mit aller Bestimmtheit versichern, daß daraus große Massen der unter der ungeheuren Not leidenden Arbeitslosen daraus die notwendige Konsequenz ziehen werden.

Unsere Forderungen sind:

1. Rationierung der Arbeit,
2. Abschaffung aller Auktorismen,
3. Einführung der Sechsstundenschicht,
4. Abschaffung der Überstundenlöhne,
5. Zahlung der Erwerbslosenunterstützung an alle Arbeitslosen im Reich nach den örtlichen Tariflöhnen (mindestens der Gemeinde- und Staatsarbeiter),
6. Zahlung der Erwerbslosenunterstützung für die Dauer der Erwerbslosigkeit.

Der Arbeitslosenrat Dresden  
Kamisch, Schorstein, A. Corna

Wir begrüßen es, daß der Dresdener Arbeitslosenrat, der früher für eine isolierte Erwerbslosenbewegung eintrat, sich mit diesem Aufruf sowohl an alle in Arbeit stehenden Proletarier als auch an alle Erwerbslosen wendet. Was die aufgestellten Forderungen anbelangt, so bedenken sich dieselben größtenteils mit denen, welche die kommunistische Partei seit Jahr und Tag aufstellt. Wir schließen uns auch der Forderung nach Einführung der Sechsstundenschicht an, sehen aber voraus, daß hiermit keine Lohnverfälschung verbunden sein darf. Der Arbeiter verdient heute in 8 Stunden kaum das zum Leben Nötigste und muß bei Arbeitslosigkeit die Weiterzahlung des vollen Tagelohnes erkämpfen.

Im übrigen hoffen wir, daß der Aufruf der Dresdener Erwerbslosen in den weitesten Kreisen der Arbeiterschaft ein Echo findet und dazu beiträgt, die Erwerbslosenfrage in den Mittelpunkt der Tageskämpfe des Proletariats zu stellen.

## Prügelstrafe für Landarbeiter

Wir haben in den letzten Wochen an der Hand von beweiskräftigen Material die Zustände auf dem Lande gezeichnet und gezeigt, daß sich die Junker und ihre Beamten wieder genau so schamlos gegenüber dem arbeitenden Landvolk benehmen wie zu Wilhelms Zeiten.

Heute wird uns aus Nieder-Bräunendorf bei Jahnau ein Fall mitgeteilt, der nicht an Wilhelms Zeiten, sondern an das Mittelalter erinnert.

Es handelt sich um folgenden Vorfall:

Die Eheleute Barisch, welche im Alter von 50 Jahren stehen und seit 4 Jahren für den Rittergutsbesitzer Veeter Frondeuse leisten, haben starkes Interesse an der Arbeiterbewegung. Das gilt ganz besonders von Frau B., die sich dadurch den Zorn des Junkers und seiner Beamten zugezogen hat.

Als Frau Barisch nun am Gründonnerstag früh 4 Uhr im Stalle ihre Arbeit verrichtete, wurde sie nichtahnend von dem Vogt Kreisamer überfallen und mit solcher Gewalt von hinten auf den Kopf geschlagen, bis sie zusammenbrach. Als sie dann hilflos am Erdboden lag, verließ ihr der Rohling noch Fußtritte in den Bauch und bedrohte sie mit Totschlag.

Die Frau mußte sofort in ärztliche Behandlung gebracht werden und war wochenlang arbeitsunfähig.

Dies genügt dem Herrn Veeter, der nach den Mitteilungen unseres Gewährsmannes der intellektuelle Urheber der Mißhandlungen ist.

Obwohl die Frau durch die Mißhandlungen arbeitsunfähig geworden ist und der Schemann nun der alleinige Verdienner ist, wurde auch diesem die Arbeit am 1. Mai entzogen und die Eheleute erhielten die Aufforderung, die Wohnung zu räumen.

Wie rechtlos ein Proletarier auf dem Lande ist, geht aus der Tatsache hervor, daß der Staatsanwalt den Strafantrag der Gemahlin besten zurückwies und Frau B. auf den Weg der Gewalttätige verweisen ließ.

„Öffentliche Interesse“ vor, wenn eine Landarbeiterin arbeitsunfähig geblieben wäre. Wenn aber — wie hier beispielweise in Breslau geschehen ist — so ein deutschböhmischer Aufschlamm aufgeföhrt wird, das Festhalten abzunehmen, so erhebt der Staatsanwalt nicht nur „im öffentlichen Interesse“ Anklage, sondern beantragt eine Gefängnisstrafe.

Die gesamte Arbeiterschaft des Ortes und der Umgegend ist über das Verhalten des Herrn Veeter und seiner Kreaturen außerordentlich empört.

Die Landarbeiter erkennen, wozu es geführt hat, daß man den geeigneten Zeitpunkt zum Handeln 1918 verpaßt und im sträflichen Einverständnis der agrarischen Besitzern des Volkes weiter Grund und Boden lieh.

Bei der kommenden sozialen Revolution werden die schlesischen Junker nicht so glücklich, sich davon kommen. Man wird mit ihnen hartnäckig gerechtes Prozeß machen.

Es kommt der Tag, da wir uns rächen, dann werden wir die Richter sein!

## Herr Staatsanwalt lassen Sie zu!

Man schreibt uns aus Oberschlesien:

Wie weit die Freiheit der ober-schlesischen Fasjisten bereits geht, mag der Vorfall auf der Maifeier in Sobnitha zeigen. Dort brangen um 1/2 12 Uhr nachmittags 6 bis 8 mit Gewehren bewaffnete Fasjisten in das Lokal von Hoffmann ein und schossen ohne weiteres in den Saal. Ein Arbeiter wurde an der Hand, ein anderer an den Augen schwer verletzt. Eine zweite Salve war nur darum ohne Wirkung, weil der Genosse Miked sich auf die Bankten stürzte und die Gewehre beiseite rief, wobei er sich nicht unerheblich an der Hand verletzte. Die Schüsse gingen in die Wand.

Die Fasjisten, die darauffhin flüchteten, wurden von zwei Schupo-Beamten, die zum Schutz der Maifeier kommandiert waren, und von den Arbeitern verfolgt. Auf der Straße saßen sich die Arbeiter plötzlich einer Bande von 30 bis 40 Mann gegenüber. Der in diesem Moment kommende Bahnshut hob mit den Banditen gemeinsam auf die Schupo und Arbeiter.

Nach einwandfreiem Bericht haben die Fasjisten vom Bahnshut pro Mann Gewehr und 50 Schuß nebst Handgranaten empfangen und haben die Waffen nach dem Überfall dortselbst wieder abgegeben.

Das Tollste aber ist, daß diese Banditen, die heute unter dem Namen „Selbstschutz“ in Oberschlesien die Grenze gegen die Polen schützen sollen, aus früheren politischen Intriganten bestehen. Aus dem Überfall in Sobnitha waren zwei dieser Fasjisten im Aufstand polnische Insurgentenführer. Die Namen sind bereits der Polizei bekannt. Sie darf nur zuschauen. Ob sie es tun wird? Herr Staatsanwalt, hier können Sie Duffe der hüten!

**Schömburg.** Die hohe Polizei von Schömburg. In dem christlichen Städtchen Schömburg bei Liebau besteht seit der Versammlungskampagne im März eine kommunistische Jugend. Diese Ortsgruppe wird vorläufig von der Liebauer Ortsgruppe mit tüchtigen Genossen besetzt, um die Mitglieder zu schulen, und dank der Propaganda wächst die Ortsgruppe. Nun begab sich vor 14 Tagen, daß die hohe Obrigkeit im Gestalt des Herrn Ortspolizisten Karl Buschmann auf das Wachen der gefährlichen Staatsfeinde aufmerksam wurde, und er durchmaß das Städtchen wie ein brillender Wurm, schraubend vor Raue. Auf die Gesetzeskenntnis und die Ständigkeit der Leute spekulierend, ging er zu den Eltern unserer Jugendgenossen und brachte dieselben mit Entlassung aus der Arbeit, wenn die Kinder nicht aus der kommunistischen Jugend austreten. Nur in einem Falle hatte er Glück. Der Briefträger Herr Neuman fiel auf diesen Haken herein und unterließ es, dem Polizisten gleich die gebührende Antwort zu geben. Da, deswegen schreitet unsere Idee weiter fort. Sollte es dem Herrn Stadtergenten einfallen, unserem Herrn Buschmann auf den von ihm ausgeführten Drohungen Aufträge erteilt hat. Selbst der jüngste Arbeiter der PZ weiß, daß Herr Buschmann ungesetzlich handelt. Darum keine Dange!

## Folgende Ortsgruppen

sind mit der Zeitungsabrechnung für 2 bis 4 Wochen rückständig.

Reihe, Rallmit, Schmiedberg, Nieschütz, Krützschütz, Nieder-Dermisberg.

Außerdem sind eine ganze Anzahl von Ortsgruppen mit 1- bis 2 Wochen rückständig.

Wir richten an alle Ortsgruppen die dringende Aufforderung, das Verfallene unter allen Umständen sofort nachzuliefern.

Berlin und Gredition.

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....



